

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 22

Köln, den 27. Mai 1932

33. Jahrg.

## Bevölkerungsstand und Wirtschaft.

Haben wir in Deutschland nicht zuviel Menschen, mindestens um so viele, als heute keine Arbeit finden können? Zeigt sich im gegenwärtigen Geburtenrückgang nicht eine selbsttätige Regulierung des materialistisch-sinnvollen Lebens an? Wird bei geringerer Bevölkerungszahl der einzelne nicht besser und mehr aus dem Vollen leben können?

Die Fragen sind sehr schwierig zu beantworten und liegen doch jedem brennend auf der Zunge und im Herzen. Wie ist denn unser gegenwärtiger Bevölkerungsstand und welche Aussichten hat er für die Zukunft? Das müssen wir zuerst klären.

Nach der Statistik haben wir heute noch einen kleinen Überschuss von Geburten über die Sterbefälle, ca. 400 000 im Jahr, unsere Bevölkerung wächst demnach immer noch in mäßigsten Grenzen. Aber die Statistik täuscht, wie so oft, wenn man sie nur oberflächlich ansieht. Das erkennt man, wenn man sich eine bildliche Darstellung der deutschen Bevölkerung anfertigt. Dazu legt man die einzelnen Jahrgänge in dicken Strichen übereinander. Der erste Strich, die Kinder im ersten Lebensjahr darstellend, ist der längste. Der zweite Strich müßte schon kürzer werden, da viele Kinder im ersten Jahr sterben. Führe ich die Zeichnung bis etwa zum hundertsten Jahre durch, dann muß normalerweise ein regelmäßiges Dreieck entstehen, unten breit, nach oben immer schlanker werdend. Die Darstellung unserer heutigen Bevölkerung aber sieht ganz anders aus. Das Dreieck steht auf ziemlich schmaler Grundlinie — das sind die zu wenigen Kinder von heute — wird dann noch enger — die dünnen Kriegsjahrgänge — und läßt dann erst breit aus für die mittleren und älteren Jahre, und zwar besonders auf der weiblichen Seite, während die männliche durch die Kriegsverluste etwas ausgebuchtet ist. Vor dem Kriege machten die Kinder über ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, heute nur noch knapp ein Viertel. Wenn unsere Bevölkerung wieder einmal normal aufgebaut ist, etwa von 1950 an, wird die Zahl des deutschen Volkes stark zusammenschmelzen, wenn die Bevölkerungskurve sich nicht bis dahin noch einmal ändert.

Mit der Tatsache der abnehmenden deutschen Bevölkerung wird man rechnen müssen, denn alle Voraussetzungen werden heute geschaffen, und im Stillstand stehen wir schon drin. Und ähnlich wie Deutschland ergeht es Frankreich, England, Schweden und Norwegen, also den Hauptträgern der europäischen Kultur. Ungeheure Folgen sind in diesem Vorgang beschlossen, auf den verschiedensten Gebieten, biologisch, kulturell, politisch, wirtschaftlich. Nur die wirtschaftlichen wollen wir uns etwas näher ansehen.

Ich wiederhole die eingangs gestellte Frage, ob wirtschaftlich ein solcher Rückgang nicht zu begrüßen sei, ob darin nicht das Leben selbst sich als wirtschaftlich bestimmt offenbart. Demgegenüber muß aber festgestellt werden, daß nach der Erfahrung wirtschaftliche Lage und Geburtenstand nichts miteinander zu tun haben. Dieser Grund wird häufig ohne Überlegung dahergeredet, dient meist zu Verschleierung und Selbstbetrug. Denn der Geburtenrückgang setzt bei uns und den andern Völkern ja nicht mit der wirtschaftlichen Not ein, sondern überall um 1880, also in einer Zeit, da es Europa wirtschaftlich glänzend wie noch nie ging. Auch ergriff er zuerst und am stärksten nicht die wirtschaftlich schwachen Schichten, sondern gerade die wohlhabenden. Heute noch trifft man größere Kinderzahlen — von Kinderreichtum ist selten noch zu reden — fast nur in den üfteren Volksschichten an. Und endlich stehen in der Geburtenziffer Schweden, England und Frankreich, denen es doch wahrlich besser

als uns geht, hinter Deutschland zurück. Die materialistische Lebensauffassung und Lebensklärung macht an diesem Problem vollständig Bankrott. Gerade hier offenbart sich das Leben als geistig im Innersten bestimmt. Ohne näher darauf eingehen zu können, bleibt als Hauptursache der verminderten Geburten der Wandel der abendländischen Lebensauffassung. Deren geistiger Bankrott wird durch den biologischen ergänzt, die Städte sind der verderbliche Schmelztiegel. Das ist mit Zahlen zu belegen.

Doch hier haben wir es mit den wirtschaftlichen Auswirkungen zu tun. Wird es einst einer verminderten europäischen, insbesondere deutschen Bevölkerung nicht besser gehen als uns?

Die gegenwärtige Riesenkrise hat mit der Bevölkerungszahl an sich nichts zu tun. Es ist nicht anzunehmen, daß es uns rosiger ergehe, wenn wir nur ein 40-Millionen-Volk wären. Zu grundsätzlicher Überlegung aber müssen wir normale Zustände annehmen. Und da zeigt sich, mit genauen Zahlen errechnet, folgende Überraschung. Im letzten Jahrhundert hat die europäische Bevölkerung sich ungefähr verdoppelt. Hat sich nun die Lebenshaltung auch entsprechend verschlechtert? Im Gegenteil, trotz der Verdoppelung kann jeder Mensch im Durchschnitt doppelt so hohe Ansprüche an die Lebensgüter stellen wie vor hundert Jahren, und das, obwohl man schon damals, wie heute wieder, befürchtete, daß Mutter Erde so viele Menschen nicht ernähren könnte. Da ist umgekehrt anzunehmen, daß mit verringerter Bevölkerung auch nicht ohne weiteres die wirtschaftliche Lage sich bessern wird.

Im Gegenteil, recht schlimme Auswirkungen stehen zu erwarten, und ein Bevölkerungsschwund in großem Maßstabe ist geeignet, eine ungeheuerliche Wirtschaftskrise heraufzubeschwören, die der heutigen sich an die Seite wird stellen können. Die gesamte europäische Wirtschaft ist nämlich auf An wachsen der Bedürfnisse eingestellt, hervorgerufen durch wachsende Bevölkerung. Wenn das 19. Jahrhundert in die Geschichte eingegangen ist als das Jahrhundert der Erfindung, der Technik, der großartig anschwellenden Wirtschaft, dann hat es diesen Ruhm der aufs Doppelte vermehrten europäischen Bevölkerung zu danken. Hier lag ihr stärkster Antrieb, zu erfinden, zu produzieren, um die Bedürfnisse alle zu befriedigen. Jeder Mensch, der die Bevölkerungszahl vermehrt, erfordert für Tausende Mark Zusatzproduktion schon in der Kindheit. Und für einen Menschen, der neu in das Wirtschaftsleben eintritt, rechnet man 15- bis 20 000 Mark neu notwendiges Anlagekapital. Man ermesse, was das für ein Volk bedeutet, das sich verdoppelt. Wie mußte da die Wirtschaft sich mühen, das unermessliche Mehr an Kleidung, Nahrung, Wohnung und sonstigen Bedürfnissen heranzuschaffen. Aber in diesem Willen liegt ja der Lebensnerv der Wirtschaft, und so spannte diese sich freudig so intensiv an, daß sie nicht nur die einfache Mehrarbeit leistete, sondern allen das Doppelte an Lebensgütern zum Verbrauch bot.

Und nun kann man sich die gegensätzliche Entwicklung ausmalen. Die Wirtschaft wird nicht mehr für steigenden Bedarf zu sorgen haben, obwohl sie darauf eingestellt ist, sondern Jahr für Jahr wird die Zahl der Verbraucher sinken. Das geht ihr an den Lebensnerv. Auch in der jetzigen Krise spielt sicher schon der minimale Zuwachs der europäischen Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Antrieb zu Erfindungen, zu Verbesserungen, zur Vermehrung der Produktion fällt weg, denn wohin soll das alles geleitet werden? Ein Schrumpfungsprozeß wird unaufhaltbar.

Gewiß wird der einzelne Mensch wahrscheinlich verhältnismäßig

mehr Kapital als heute besitzen, denn das viele Geld wird eingespart, das man sonst bei der Erziehung der Kinder investieren muß. Frankreich ist nicht ohne Grund ein kapitalstarkes Land, denn dort hat die Beschränkung der Kinderzahl sehr zeitig eingesetzt. Aber wenn diese Erscheinung erst wird allgemein sein, dann nützt das vermehrte Kapital auch nichts. Denn Geld ist ja nur ein Zahlungsmittel, und in der reduzierten Bevölkerung werden eben verhältnismäßig nicht mehr Güter produziert werden, und alles wird entsprechend teurer werden.

Auch ein neues soziales Problem wird daraus erwachsen. Wo wenig Kinder vorhanden sind, achten die Eltern darauf, daß aus ihrem Kinde etwas „Besseres“ wird. Schon heute deutet dieses Problem sich in der Überfüllung der höheren Schulen an. Es wird viel Überfluß an „gebildeten“ Berufsanwärtern, wahrscheinlich mit bedeutender Arbeitslosigkeit einsehen, während für Arbeiter und Handwerker wohl größere Nachfrage und damit höherer Lohn winken wird. Die Folgen und Gefahren, die aus solchen Zuständen erwachsen, ahnen wir schon.

Alles in allem bedeutet jedenfalls eine verringerte Bevölkerung durchaus noch keine wirtschaftliche Besserung für die Gesamtheit und den einzelnen. Wohl aber bringt sie sicher böseste Krisen mit sich. Außerdem sind die Nachteile politischen, sozialen, kulturellen und besonders seelischen Lebens aus solcher Veränderung gar nicht hoch genug einzuschätzen, jedenfalls auf weite Sicht viel schwerer wiegend als die wirtschaftlichen. Das sollte jeder wissen, der über diese Frage spricht, besonders aber, — der praktische Folgerungen daraus ziehen will.

## Stadtrand siedlungen im freiwilligen Arbeitsdienst.

An dieser Stelle wurden vor einiger Zeit die zu kleinen und zu engen Stadtrand siedlungsbauten einer Kritik unterzogen. Dieser Kritik ist vom Standpunkt der Volksgesundheit und nicht weniger von dem unbedingten Anrechte des Arbeiters auf eine menschenwürdige Wohnung nichts hinzuzufügen.

Eine weitere und nicht minder wichtige Frage für die Arbeiterschaft muß m. E. auch einmal geprüft werden, und zwar ob die Arbeitslosensiedlungen im freiwilligen Arbeitsdienst erstellt oder über den öffentlichen Arbeitsmarkt vergeben werden sollen. Der gewerbliche Mittelstand, soweit dieser dem Baugewerbe angehört, fordert einstimmig die Vergabe über den allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu aber haben sich auch Arbeitnehmer, insbesondere auch Arbeiterführer aus dem Baugewerbe für die öffentliche Vergabe ausgesprochen. Die Erstellung im freiwilligen Arbeitsdienst wird bekämpft. Begründet wird die Gegnerschaft damit, daß das Baugewerbe bei der Erstellung im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes systematisch ausgeschaltet wird und dadurch auch die übrigen Gewerbe, da das Baugewerbe Schlüsselindustrie ist, keine Belebung erfahren könnten. Durch die öffentliche Vergabe, so wird behauptet, soll die Belastung für den Siedler nicht „wesentlich“ größer werden. Im Ernstfalle wird man nicht einmal bei dieser einschränkenden Behauptung bleiben. Einen Beweis dafür zu erbringen, ob die Baukosten wesentlich oder unwesentlich höher sind bei öffentlicher Ausschreibung, würde gewiß die Endabrechnung erbringen. Lohnkosten, Betriebsunkosten und Unternehmergewinne müssen doch irgendwo eingegliedert werden. Wo ist die Unkostenstelle, die dem Siedler eine beträchtliche Ausgabe ersparen würde? Selbst wenn das geschehen sollte, wären die erforderlichen Mehrbeträge doch aus allgemeinen Mitteln anzubringen.

Doch wenden wir uns der wichtigsten Frage zu: kann die Siedlungserstellung im freiwilligen Arbeitsdienst von den organisierten Arbeitnehmern bejaht werden? Wird der Gesamtarbeiterschaft, und darauf wird und muß es ankommen, grundsätzlich Schaden zugefügt?

Bei der öffentlichen Vergabe würde zunächst nur ein kleinerer Teil Beschäftigung haben, der bei den geringen Baukosten bis zum letzten ausgepreßt würde. Bei der Erstellung im freiwilligen Arbeitsdienst wird aber eine größere Anzahl Arbeitnehmer Beschäftigung haben. Zwar dürfte in vielen Fällen eine Verschiebung der Arbeit vom berufsmäßigen Facharbeiter auf einen beliebigen Arbeiter, auf den arbeitslosen Arbeiter eintreten. Da bei den

Siedlern vorwiegend längere Beschäftigungslosigkeit vorliegt, wäre, sozial gesehen, dieser Umstand in Kauf zu nehmen und damit auch der größten Not gesteuert. Denn daran ist nicht zu denken, daß diese Arbeitslosen bei öffentlicher Vergabe beschäftigt würden. Zur Erledigung der anfallenden Arbeiten würden die noch in Arbeit stehenden oder die zuletzt entlassenen Belegschaften, die bei der Wiedereinstellung in der Regel den Vorzug haben, ausreichen. Dieser Vorzug braucht nicht immer eine bessere Qualifizierung gegenüber dem länger arbeitslosen Arbeiter zu sein. Man denke nur an die Teile der Arbeitnehmer, die durch Schließung oder Zusammenlegung von Betrieben brotlos geworden sind. Wenn man also das Verlangen auf öffentliche Vergabe stellt, so ist von dieser Seite zweifellos ein egoistischer Antrieb Vater des Gedankens. Es ist nicht ganz klug gehandelt, wenn Arbeitnehmer von einem sehr engen Interessenstandpunkt aus eine Angelegenheit unter Kritik nehmen, die ja gerade für unsere arbeitslosen Kameraden eine Hilfe unter möglicher Ausschaltung von Profitmachern sein soll. Man sollte eine solche wichtige Stellungnahme richtiger, vorsichtiger und unter dem Leitgedanken einer echten Volksgemeinschaft überprüfen, ehe man dem sozialen Gegenspieler Trümpfe zuspielt. Solange der im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigte Arbeiter für sich Dienste leistet, und dafür von der Öffentlichkeit Hilfe bekommt, können die Gewerkschaften ohne Zögern ein lautes Ja aussprechen, von einer Verletzung unserer Prinzipien kann keine Rede sein.

Wie aber steht es mit der Befruchtung der übrigen Industrien? Wenn das Baugewerbe Schlüsselgewerbe ist, so deshalb, weil neben der nackten Bauarbeit eine ganze Reihe anderer Arbeiten notwendig sind. Diese Arbeiten im Anschluß an die Bauarbeit sind aber unabhängig von der Tatsache, ob die Bauten im freiwilligen Arbeitsdienst oder über den allgemeinen Arbeitsmarkt erstellt werden. Erweiterte Auswirkungen könnten also nur von der Lohnseite herkommen. Praktisch wird nicht viel dabei herauskommen. Tatsächlich würde es sich nur um eine Kaufkraftverschiebung handeln, die sich aber immer zuungunsten des Letzten, nämlich des Arbeitslosen auswirken wird. Zu dieser Gefahr der Übertreibung für den Arbeitslosen tritt aber noch eine andere Gefahr, die entscheidend für die Arbeitslosenversicherung, die öffentliche Hand wie auch für den Siedler selbst ist. Und das ist das Risiko, daß die Rand siedlungen bei einer Wirtschaftsbelebung leicht zum „falsch investierten Kapital“ der öffentlichen Hand wie auch des Arbeitslosen werden kann. Denn wenn der Arbeitslose für seine am Rande der Stadt gelegene Heimstätte, auf der er seinen Lebensunterhalt nicht voll erwerben kann, hohe Zinsen und Kapitalrückzahlungen leisten muß, so wird die Bewohnung seines Heimes durch erhöhte sonstige Unkosten, wie Fahrtausgaben, bald nicht mehr wirtschaftlich sein, von der unzulänglichen Räumlichkeit ganz zu schweigen. Sollte also tatsächlich der erhoffte Wirtschaftsaufstieg in absehbarer Zeit kommen, so besteht bei zu großen Verpflichtungen des Siedlers die Gefahr des Abwanderns in das Stadttinnere. Im ganzen ist und bleibt ja die Rand siedlung eine Maßnahme aus der Notzeit, an der zu normalen Zeiten Fehlerhaftes korrigiert und Unwirtschaftliches beseitigt werden muß.

H. W.

## Betriebszellen.

Die „R.G.O.“ (Rote Gewerkschafts-Opposition), die von den Kommunisten ins Leben gerufene Organisation zur Bekämpfung der Gewerkschaften, hat erfahren müssen, daß es nicht leicht ist, die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu sprengen und größere Massen der Industriearbeiterschaft für kommunistische Parteibeale zu begeistern. Sie haben sich auf die Kleinarbeit verlegen müssen und sogenannte Betriebszellen gebildet, die unentwegt, in der Hauptsache aber erfolglosen Kampf gegen die Gewerkschaften führen.

Seit gerannmer Zeit bemühen sich auch die Nationalsozialisten, in den Betrieben Stützpunkte für ihre Agitation zu schaffen, indem sie nach kommunistischem Muster Betriebszellen organisieren. Das Ganze dient dem Zwecke, unter der Arbeiterschaft Anhänger zu werben und der Partei die Maske einer wirklichen Arbeiterpartei zu verschaffen, obwohl sie nach ihrer geistigen Herkunft und ihrer ganzen Stellung innerhalb der deutschen Parteibewegung auf diesen Titel am allerwenigsten Anspruch hat. Daß ihre Führung selbst nicht daran denkt, die Interessen der Arbeiter ernsthaft wahrzunehmen, daß für sie die Arbeiter nur Mittel zum Zweck sind, geht aus den vertraulichen Richtlinien hervor, die von der Reichsleitung

der Nationalsozialistischen Partei für die Arbeit in den Betriebszellen ausgegeben wurden. Diesen vertraulichen Richtlinien passierte aber das Unglück, nicht vertraulich zu bleiben, weil einige Exemplare durch den bekannten günstigen Wind auf Schreibtischen landeten, für die sie nicht bestimmt waren.

Ganz offen wird in den Richtlinien, die natürlich nur an geliebte Anhänger hinausgehen, zugegeben, daß die nationalsozialistischen Betriebszellen, in der Abkürzung NSBO genannt, nur Kampforganisationen gegen die Gewerkschaften sein sollen. Für die Arbeiter selbst haben sie unmittelbar nichts zu tun:

„Bei Streiks können keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen.“

Läßt der letzte Satz schon deutlich erkennen, daß die Betriebszellen im Grunde nichts anderes als eine gelbe Organisation sein sollen, dann wird dies in einem folgenden Absatz noch offener ausgesprochen:

„Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in allen Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.“

Die schöne Seele der nationalsozialistischen Führung enthüllt sich weiter in der Aufforderung, „in der Politik kein Mittel zu scheuen und beim Arbeiter persönlichen Neid und Minderwertigkeitsgefühle zu wecken“, weil dies das beste Mittel sei, die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzubringen. Der Kampf gilt unter allen Umständen den Gewerkschaftsfunktionären, ganz gleichgültig, ob sie Kommunisten, Sozialdemokraten oder christliche Gewerkschaftler sind. Für die Nazis gilt allerdings noch etwas besonderes:

„Jeder Nationalsozialist ist verpflichtet, im Betrieb jeden Nazifunktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw. ist über den Gau an den „Sonderdienst“ weiterzuleiten (Abteilung 1 D. B. 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur geknipst ist; das übrige erledigt dann die technische Abteilung.“

Ist der Arbeitgeber Pgs., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden.

Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von all den schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein.

um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen.

Daß die Beschaffung dieses Materials natürlich äußerster Vorsicht bedarf, braucht nicht näher erörtert zu werden.

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhegte.“

Das ist doch Bauernfängererei übelster Art, und ein schlimmeres Spiel von Heuchelei gegenüber der umworbenen Arbeiterschaft und charakterloser Knechtseligkeit gegenüber dem Unternehmertum läßt sich kaum ausdenken. Diese Betriebszellenmitglieder können auf Grund der zitierten Richtlinien nichts anderes sein als Unternehmerspiegel und Verräter, die ihre Arbeitskameraden nur darum um Arbeit und Brot bringen, weil sie politisch anderer Meinung sind. Gewissenszwang und Terror sind die Mittel, die zur Parteiläubigkeit erziehen sollen. Pfui Deubel! Nur Gesinnungslumpen können sich dazu hergeben, Kreaturen, die nie einen Hauch von Standesbewußtsein und Solidarität verspürten. Die deutsche Arbeiterschaft in den Gewerkschaften hat in jahrzehntelangen Kämpfen bewiesen, daß sie sich gegen Verlockungen und gegen Gesinnungsterror zu wehren weiß, und wird auch verstehen, sich der Tätigkeit der NSDAP.-Betriebszellen zu erwehren. Der Geist der Richtlinien aber mag die moralische Verwilderung erkennen lassen, aus dem Deutschland nach den großen Worten gewisser Leute erneuert werden soll.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 22. bis 28. Mai 1932 ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Warnung. Vor dem früheren Mitgliede, Fritz Schönwald, geboren am 26. 9. 1870 zu Breitenbach, der sich in verschiedenen Zahlstellen durch unwahre Angaben Unterstützung erbettelt hat, wird hiermit gewarnt.

### Lohn- und Tarifbewegung.

**Tarifabschluss: Holzwärbe, Köln.** Nach längeren Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern beschäftigte sich auf Anruf der Verbandsleitung der Schlichtungsausschuß Köln am 18. Mai 1932 mit dem Lohnstreit im Kölner Holzgewerbe. Nach längeren Verhandlungen kam zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, Bezirksverband Köln, und den Holzarbeiterverbänden folgende Vereinbarung zustande:

Mit Beginn derjenigen Lohnwoche, in die der 18. Mai 1932 fällt, tritt folgende Tarifänderung in Kraft:

#### I. Mantelvertrag.

a) Berufsgruppeneinteilung: Facharbeiter 100%, Angelernte 92%, Hilfsarbeiter 83%, Facharbeiterinnen 65%, Hilfsarbeiterinnen 55%.

b) Ferienbestimmungen: Als Notmaßnahme für das Jahr 1932 ist der nach den Ferienbestimmungen zu gewährende Urlaub mit  $\frac{2}{3}$  des nach den Urlaubsbestimmungen zu errechnenden Betrages abzugelassen.

c) In § 6 des Bezirkstarifvertrages wird Absatz 1 gestrichen.

d) Im übrigen gilt der bisherige Mantelvertrag und der Bezirkstarifvertrag weiter.

#### II. Lohnabkommen.

Der Spitzenlohn für den Facharbeiter beträgt 1,— RM. Die Kostgeldsätze für die Lehrlinge: im 1. Lehrjahr 8 Rpf die Stunde, im 2. Lehrjahr 15 Rpf die Stunde, im 3. Lehrjahr 20 Rpf die Stunde, im 4. Lehrjahr 30 Rpf die Stunde.

#### III. Vertragsdauer.

a) Das Lohnabkommen kann mit Monatsfrist gekündigt werden, erstmals am 1. Dezember 1932.

b) Der Bezirkstarifvertrag hat die gleiche Laufdauer wie der Mantelvertrag.

Die Kölner Tischler-Innung wollte dieser Vereinbarung nicht beitreten. Der Vertreter derselben war auch beim Schlichtungsausschuß noch der Auffassung, daß 90 Rpf die Stunde das Äußerste sei, was die Kölner Tischler-Innung zubilligen könne. Ebenfalls verlangte sie die Beseitigung der Lehrlingsentschädigung aus dem Tarifvertrag. Der Urlaub könne gleichfalls für die Kölner Tischler-Innung nicht mehr in Frage kommen. Nachdem mit dem Arbeitgeberverband bereits obige Vereinbarung getroffen war, wurde gegen die Kölner Tischler-Innung ein Schiedsspruch desselben Inhalts gefällt.

Wenn auch die Kölner Tischler-Innung den Schiedsspruch abgelehnt hat, so ist das von untergeordneter Bedeutung, da die Firmen, welche Gehilfen beschäftigen, vorwiegend Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind.

Die Absicht der Kölner Tischler-Innung, den Lohn von 1,09 RM auf 0,90 RM herabzusetzen, und sonstige Verschlechterungen einzuführen, scheiterte an der zielklaren Haltung der Verbandsleitung.

**Köln, Politiker.** Durch Vereinbarung mit dem deutschen Möbel-Fachverband, Bezirksgruppe Köln, und der Verbandsleitung wurde am 29. April 1932 folgendes vereinbart:

1. Der zum 30. April 1932 ablaufende Tarif Köln-Bonn wird über den 1. Mai 1932 hinaus verlängert mit der Maßgabe, daß der Spitzenlohn ab 1. Mai 1932 1,10 RM beträgt.

2. Diese Regelung kann mit Monatsfrist, erstmalig zum 31. August 1932 gekündigt werden.

## Rundschau.

**Der Umfang der Mietsenkung.** Der Hauptverband Deutscher Bau-Genossenschaften legt die Ergebnisse einer Rundfrage über die Auswirkung der Mietsenkungen nach der Dezember-Notverordnung vor, die von 1646 gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen mit 363 558 Wohnungen beantwortet wurde. Danach ergab sich bei den Altwohnungen eine durchschnittliche Mietsenkung um nur 5,2 Prozent der bisherigen Miete, u. a. auch deshalb, weil bei einem Viertel der Wohnungen überhaupt keine Senkung stattfand, da sich die Miete schon vorher unter der gesetzlichen Höhe hielt. Eine Senkung von 0 bis 8 Prozent erfuhren 67,4 Prozent der erfassten Wohnungen, darüber hinaus 32,6 Prozent. 60,2 Prozent der erfassten Wohnungen erfuhren eine Senkung um 4 bis 10 Prozent. Die Senkung der Neubaumieten sei in vielen Fällen hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von den Trägern der Sozialversicherung vielfach niedrig verzinsliche Hypotheken erhalten hatten, die der Zinskonversion nicht unterlagen. Der Betrag der Zinssenkung hätte eine durchschnittliche Mietsenkung von 6,1 Prozent ermöglicht; tatsächlich sind sie aber um durchschnittlich 7 Prozent gesenkt worden. Sowohl dieser Satz wie die Senkung der Altbauwohnungen können wegen der besonderen Situation bei den Bau-Genossenschaften nicht als typisch angesehen werden; immerhin sind sie für einen großen Bereich des Wohnungswesens aufschlußreich.

**Tue selbst, was du andern predigst!** Jeder Mensch, der in seiner Wohnung oder an seiner Arbeitsstelle über irgendeinen Gegenstand stolpert, der fahrlässigerweise im Wege steht oder liegt, wird mit ziemlicher Sicherheit kräftig zu schimpfen anfangen. Und er hat auch durchaus recht, wenn er derartige Achtlosigkeit seiner Familienangehörigen oder seiner Arbeitskollegen mit scharfen Worten rügt.



Bestell-Nr. — 302 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufs-Genossenschaften

Wer aber ist frei von Schuld auf diesem Gebiet? Wie unendlich oft wird „nur für einen Augenblick“ ein Stuhl oder ein Schemel, ein Werkzeugkasten, ein Arbeitsstück, ein Brett oder eine Kiste beiseitegestellt, die dann entgegen der ursprünglichen Absicht viertelstunden- oder gar stundenlang stehenbleiben und vielleicht ganz vergessen werden. Besonders gefährlich ist diese Unsitte in dunklen Räumen und Gängen oder an unüberprüflichen Stellen.

Man unterschätze nicht die Gefahr eines einfachen Falles! Sind doch im letzten Berichtsjahr des Statistischen Reichsamtes 39 678 Unfälle, darunter 37 tödliche, allein in den berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben durch Fall auf ebener Erde, ebenem Boden, über umherliegende Gegenstände, Abfälle und dergleichen vorgekommen! Die Zahl sämtlicher derartiger Unfälle ist noch erheblich größer, wahrscheinlich dreimal so groß!

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Konferenz in Duisburg.** Wir befinden uns in einer Zeit wirtschaftlicher und sozialpolitischer Spannungen und einer bis jetzt nicht gekannten Bekämpfung der Gewerkschaften als der stärksten Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Es ist daher selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft von ihren Führern Auskunft über Weg und Ziel und Verhaltensmaßregeln erwartet. Diesen Zwecken diene unsere Konferenz.

Der Kollege Stedem von der Hauptverwaltung des Verbandes legte in seinen gut-durchdachten Ausführungen die Maßnahmen dar, die der Verband angesichts dieser Verhältnisse unternommen habe. Die Holzarbeiter zählen mit zu den Berufen, die von dieser Wirtschaftskrise am stärksten betroffen sind. Daß sich dieser Zustand auch auf den Verband auswirkte, zeigte er an Zahlen, die klar und deutlich erkennen ließen, was der Verband in dieser Krisenzeit bereits für die Mitglieder getan habe. So sind etwa 5 Millionen Reichsmark an Unterstützungen den Mitgliedern zugeflossen. Trotz dieser außerordentlichen Belastung könne aber festgestellt werden, daß die Finanzen des Verbandes geordnet sind. Trotz des starken Beitragsrückganges dürfte auch diese Krise überwunden werden. Selbstredend müsse eine weise Sparjamkeit Richtschnur sein. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen streifte er das Reparationsproblem und die Stellungnahme der politischen Parteien zu den in- und ausländischen Tagesfragen und auch die Angriffe, die aus den verschiedensten Kreisen gegenüber den christlichen Gewerkschaften erhoben werden. Alle diese Momente dürften uns aber unter keinen Umständen von dem von uns seit Jahr und Tag verfolgten Ziele abhalten. Heute sei es notwendiger denn je, durch festen Zusammenschluß in unserem Berufsverbände alle Angriffe auf das mit vieler Mühe Errungene im Tarifvertragswesen, im Arbeitsrecht und in der Sozialversicherung zu erhalten. Nur durch eine starke, christliche Gewerkschaftsbewegung könnten diese Angriffe mit Erfolg abgewehrt werden.

Als zweiter Redner behandelte der Kollege Werder, Düsseldorf, die Fragen bezüglich Lohn- und Tarifwesen. Er wies besonders auf die Schwierigkeiten hin, die augenblicklich im Rheinisch-Westfälischen Holzgewerbe bestehen. Es sei heute die Tatsache zu verzeichnen, daß die Arbeitgeberorganisationen bereit seien, einen neuen Lohn- und Tarifvertrag abzuschließen, wenn ganz gewaltige Verschlechterungen, die er im einzelnen darlegte, von den Gewerkschaften in Kauf genommen würden. Auch hier hieße es, mit aller Zähigkeit an dem bisher Erreichten festzuhalten, was aber nur möglich sei, wenn das, was der Kollege Stedem in seinen Ausführungen bezüglich der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen gesagt habe, von allen Mitgliedern anerkannt und durchgeführt würde. Anschließend gab er dann noch einen Situationsbericht über den rheinischen Gau, der sich im wesentlichen deckte mit dem, was der Kollege Stedem dargelegt hatte.

Die Aussprache unterstrich rückhaltlos die von den beiden Rednern gekennzeichnete Notwendigkeit einer starken christlichen Gewerkschaftsbewegung als die wirksamste Waffe gegenüber allen Angriffen, die auf die Arbeiterrechte geplant werden. Jedes Mitglied sei mit dafür verantwortlich, daß der Verband die gesteckten Ziele auch erreiche. Einige Anfragen wurden von den Rednern zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortet.

In seinem Schlußwort konnte der Versammlungsleiter Kollege Trippelsdorf mit Befriedigung feststellen, daß trotz der Wirrnisse der heutigen Zeit der alte Kampfgeist, der gerade die Holzarbeiterschaft befehle, auch heute noch vorhanden ist. Es gelte jetzt, diesen Geist auch auf den letzten Berufsangehörigen zu übertragen. Dann würde es auch möglich sein, das Bestmögliche für die Kollegen, ihre Familien und für Volk und Vaterland zu schaffen. Mit dem Gelöbnis: „Treue mit Treue zu vergelten“ fand die gutverlaufene Konferenz ihr Ende.

**Intarsien aller Art** Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vieresp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionschluss im Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich angeheftet. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Adln.